Steinohlen von 644 Mill. To. (Febr. 19) auf 846 Mill. To. (Febr. 20). An die Entente wurden geliefert im Mai 1920: 1.097.000 To., im Juni 1920: 1.087.000 To., vom 1. August an müssen monatlich 2 Mill. To. geliefert werden. Schon bisher konnte die Förderung nur durch Ueberhöhen aufrechterhalten werden. Diese müssen trotz erheblicher Einschränkungen der Kohlenlieferung für die deutsche Industrie und den Hausbrand verlängert werden, wenn das Abkommen von Spa erfüllt werden soll.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Ueberhöhenabkommens stehen in den nächsten Tagen bevor. Für die Arbeiterschaft, wie für die Förderung sei eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit einer Einschränkung von mehreren wöchentlichen Ueberhöhen vorzuziehen. Dagegen machen sich indes Widerstände anderer Gewerkschaftskreise geltend, die eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung befürchten. Eine Verständigung mit den Gewerkschaften sei daher notwendig.

Der Ausschuss kam nach einstimmiger Aussprache über diese Angelegenheit zu folgenden Beschlüssen:

1. Der Ausschuss des A. D. G. B. befahte sich in der Sitzung vom 17. August 1920 infolge des Spa-Abkommens mit der Kohlenversorgung, der dadurch entstandenen Notlage und der an die Bergarbeiter gerichteten Forderung nach Leistung von Ueberarbeit. Der Bundesauschuss bringt zum Ausdruck, daß die Hebung der Kohlenförderung nicht durch eine dauernde Ueberarbeit der Bergarbeiter erreicht werden kann. Wenn trotzdem vorübergehend zu solchen Ausschüttungsmitteln gezwungen wird, so kann dies nur für zeitliche Erleichterung der Kohlenförderung auf die unbedingt notwendige Höhe zu bringen. Der Bundesauschuss fordert deshalb von der Regierung, daß

- a) die Sozialisierung der Kohlenförderung und -verteilung in Angriff genommen und spätestens im Oktober 1920 dem Reichstag ein entsprechendes Gesetzentwurf vorgelegt wird,
- b) die vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes bestandenen Rechte der Betriebsräte nicht geschmälert, sondern erweitert werden. Diese Erweiterung der Rechte muß sich besonders auf die Kontrolle der Produktion, des Ablasses, des Selbstverbrauchs und der Preisbildung im Allgemeinen wie für die Nebenbetriebe und Gürtelbetriebe erstrecken.
- c) die Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln dauernd und ausreichend sichergestellt wird.
- d) die technischen Vorbedingungen zur Einführung der Sechshundertschicht für die unterirdischen Steinohlenbergarbeiter auf internationaler Grundlage baldmöglichst erfüllt werden. Bis dahin ist den Bergarbeitern die jetzt tariflich vereinbarte Schichtzeit zu sichern. Etwas darüber hinausgehende notwendige Arbeit ist als Ueberhöhen oder Ueberstunden zu bewerten und zu bezahlen.

An zweiter Stelle nimmt der Ausschuss die Einberufung des ersten Kongresses der Betriebsräte Deutschlands, dem dafür aufgestellten Vertretungsmodus und dem zu veröffentlichenden Aufsatze zu und nahm eine Information über die Streitigkeiten in Berlin zwischen den verschiedenen Betriebsrätezentralen entgegen.

Sodann befahte sich der Ausschuss mit den Versuchen der Finanzbehörde, die Gewerkschaften entgegen den gesetzlichen Vorschriften zum Reichsnotopfer und zur Kapitalertragssteuer heranzuziehen. Es wurden den Vorständen eingehende Instruktionen gegeben, die Veranlagung zum Reichsnotopfer abzulehnen und gegen jeden Eingriff der Erhebung von Kapitalertragssteuer im Besonderen vorzugehen und die Rückerstattung der Beträge zu verlangen. Für letzteres soll ein einheitliches Formular ausgearbeitet und den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Im weiteren wurde der Wunsch des Reichsamts für Arbeitsvermittlung nach Einreichung der vierteljährlichen Organisationsstatistik zur Kenntnis gebracht. Gegen die Absicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bei diesjährigen internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel abzuhalten, wurde Einspruch erhoben mit der Begründung, daß den deutschen Gewerkschaften dadurch die Teilnahme angetanig erschwert würde. Es wurde als Tagungsort Kopenhagen in Vorschlag gebracht und beschlossen, sich an einem Kongress in Brüssel nicht zu beteiligen.

Mit der deutschen Gewerkschaftszentrale in der Tschechoslowakei ist folgende Vereinbarung getroffen worden, der der Ausschuss zustimmt:

Gegenständigkeitsverträge zwischen den Gewerkschaften Deutschlands und den Gewerkschaften der Tschechoslowakei.

1. Die in Betracht kommenden Gewerkschaftsvorstände der beiden Länder verhandeln auf der Grundlage der bestehenden, mit den tschechischen Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge über neue Vereinbarungen.

2. Die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind bestrebt, sich mit der tschechischen Landeszentrale der Tschechoslowakei über die Einsetzung eines gemeinsamen paritätischen Gewerkschaftsausschusses zu einigen, der zugleich nach außen hin als Landeszentrale der Tschechoslowakei gelten und die internationalen Gegenständigkeitsverträge regeln soll, soweit nicht die internationalen Verurteilungen darüber selbständig bestimmen.

3. Dieser gemeinsame Ausschuss der gesamten Gewerkschaften der Tschechoslowakei soll zugleich das Verhältnis der letzteren zum internationalen Gewerkschaftsbund regeln.

Teplitz, den 28. Juli 1920.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Mitteilung von dem Abbruch des internationalen Boykotts gegen Ungarn und an die verschiedentlich gegen die deutschen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe, daß sie bei der Durchführung des Boykotts verlagert hätten. Dabei wurde dargelegt, daß der Boykott vom Internationalen Gewerkschaftsbund ohne vorherige Verständigung mit den in Betracht kommenden Ländern beschlossen und nicht genügend vorbereitet worden sei. Verzagert hätten nicht die deutschen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften derjenigen Länder, aus denen die für Ungarn bestimmten Erzeugnisse kamen. Eine Kontrolle des Durchgangsverkehrs sei überaus schwierig und könne ganz verhindert werden. Auch kam Deutschland für die Durchführung des Boykotts viel weniger in Frage als die an Ungarn grenzenden Länder. Aus dem vorangegangenen Experiment müsse die Lehre gezogen werden, ein anderes Mal sich vorher über die Erfolgsmöglichkeiten klar zu werden und solche Aktionen einheitlicher und sorgfältiger vorzubereiten.

An letzter Stelle wurde vor der Förderung deutscher Einwanderung nach Sowjetrußland gewarnt, da dort zur Zeit für deutsche Industrie- wie auch Landarbeiter alle Voraussetzungen erfolgreicher Betätigung und auch nur der Erbringung der wichtigsten Erzeugnisse fehlen. Rußland komme gewiß für die künftige Auswanderung ganz hervorragend in Frage, aber hierfür müßten die Bedingungen und Aufnahmebedingungen erst durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und durch Sachverständigenausschüsse geordnet und vorbereitet werden. Ein Aufstoß in „Regalarbeiter“, der den Aufstoß an eine sog. „Deutsche Industrie-Industriegewerkschaft“ empfahl, eine höchst zweifelhafte und schädliche Gründung politischer Geschäftskreise, wurde allgemein mißbilligt. Die Arbeiterschaft kann nicht entschieden genug vor solchen Auswanderungsgesellschaften gewarnt werden.

Für Betriebsräte.

In einigen Steinbruchsgebieten, wo die Betriebsinhaber dem Industriearbeiterverband, Dresden (Streikversicherung) angehörend, hat dieser den Arbeitgebern eine Instruktion zugestellt unter: Was der Betriebsrat nicht darf. Die Arbeitgeber versuchen nun diese in den Sitzungen des Betriebsrats an den Mann zu bringen. Mitteilungen sind uns darüber von verschiedenen Kollegen zugegangen. Diese Industriearbeiterverbands-Instruktion scheint an alle Betriebe gelangt zu sein, die zu dessen Wirkungsbereich zählen; denn wie dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ vom 17. August entnommen werden kann, hat sich darüber bereits in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Kolonne entsponnen indem der Betriebsrat einer Druckerei nun seinerseits veröffentlichte „Was der Arbeitgeber nicht darf“ und „Was der Betriebsrat darf“. Wir bringen deshalb auch die beiden letzteren Instruktionen zum Abdruck, denn es ist schließlich so, wie die Redaktion des „Korrespondent“ dazu bemerkt, daß diese Rede und Gegende eine bessere praktische Belehrung über die Aufgaben der Betriebsräte darstellt als sonstige längere Abhandlungen:

Was der Betriebsrat nicht darf.

(In Sicht des Deutschen Industriearbeiterverbandes.)
Bei dem Umfange der Arbeit und bei der vielfachen anderweitigen Inanspruchnahme, fast über das Maß der Kräfte hinaus

konnte die angekündigte allgemeine Besprechung und Erklärung der Bestimmungen des B.-R.-G. noch nicht fertig gestellt werden. Die das viele und zugehörige Material beweist, und wie von Hause aus nicht anders zu erwarten war, sind die Uebergriffe und unüberlegten Annahmen der Betriebsräte sehr zahlreich — ein guter Teil davon wird wahrscheinlich auch gar nicht gemeldet, sondern aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen hingenommen. Das ist natürlich sehr nachteilig, deshalb bringen wir im Nachstehenden eine kurze Zusammenfassung der hauptsächlichsten Uebergriffe, die auf jeden Fall zurückgewiesen werden müssen.

Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, sich irgendwie um die Organisationsangelegenheiten der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer zu kümmern, Festlegung von Richtlinien für die Einstellung von Arbeitnehmern zu fordern, die über die Bestimmungen des § 81 des Betriebsrätegesetzes hinausgehen. Er ist nicht berechtigt, ein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung, Beförderung oder Versetzung von Arbeitnehmern zu beanspruchen, die Vereinbarung von Richtlinien über die Entlassung von Arbeitnehmern, oder sonst welche Mitwirkung dabei zu verlangen. Er hat kein Recht, von sich aus selbständige Anordnungen im Betriebe zu treffen (z. B. den Betrieb stillzulegen) oder irgendwie in die Betriebsleitung einzugreifen, Anschläge in den Betriebs- und Nebenräumen zu machen, auch nicht zu verlangen, daß die Anschläge in den Betriebs- und Nebenräumen, Belästigungen und sonstige von der Betriebsleitung ausgehende Anordnungen von ihm gegenzeichnet werden; ferner kein Mitbestimmungsrecht darüber, ob neue Arbeitsmethoden im Betrieb eingeführt, neue Maschinen aufgestellt oder sonstige Einrichtungen getroffen werden oder nicht. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, die Entlassung der Betriebsleitung oder einzelner Beamter und Aufsichtspersonen oder Arbeiter und Angestellten, die Vorlegung von Geschäftsbüchern, Einkaufs- und Verkaufskorrespondenzen u. dgl., ebensowenig von Kalkulationen, Bezugsquellen oder Personalisten u. dgl. zu fordern, und (wenn nicht wenigstens 300 Arbeiter oder 50 Angestellte im Betriebe beschäftigt sind) auch nicht die Vorlegung der Bilanz. Er kann nicht verlangen, daß der ihm allvierteljährlich zu gebende Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens schriftlich erfolgt. Der Betriebsrat hat kein Recht, ohne Zustimmung des Arbeitgebers Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten und sie auch nicht außerhalb der Arbeitszeit in den Betriebs- oder Nebenräumen abzuhalten, ferner nicht, sich mit andern als mit Angelegenheiten des Betriebes (z. B. politischen, gewerkschaftlichen) zu beschäftigen. Die Versammlung ist auch nicht berechtigt, die Amtsniederlegung des Betriebsrats oder einzelner seiner Mitglieder, etwa durch ein Mißtrauensvotum, zu erzwingen. Der Betriebsrat hat dann kein Recht, die Entlassung seiner Mitglieder von seiner Zustimmung, die sonst im allgemeinen dazu erforderlich ist, abhängig zu machen, wenn die Entlassung erfolgt; auf Grund einer gesetzlichen, tarifvertraglichen oder durch Schiedspruch eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schlichtungsstelle bestehenden Verpflichtung des Arbeitgebers; aus einem Grunde, der nach den gesetzlichen Bestimmungen fristlose Entlassung und Kündigung zuläßt; wegen Stillelegung des Betriebes (soweit nur teilweise Stillelegung erfolgt; hinsichtlich der in den betroffenen Abteilungen beschäftigten Betriebsratsmitglieder).

Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, von den Arbeitnehmern für irgendwelche Zwecke der Betriebsvertretung Beiträge zu erheben. Seine Mitglieder sind nicht befugt, die ihnen zustehenden Aufwandsentschädigungen in Pauschalbeträgen zu fordern, sondern nur den Ertrag der ihnen nachweisbar erwachsenden tatsächlich notwendigen Kosten. Dem Betriebsrat oder einzelnen seiner Mitglieder steht kein Recht zu, für sich Besetzung von der ihnen im Betrieb obliegenden Arbeit oder Bezahlung in anderer als der für diese Art Arbeit üblichen Weise zu fordern. Die Mitglieder des Betriebsrats, auch dessen Vorsitzender, sind nicht befugt, durch Unterredungen mit einzelnen Arbeitern oder Gruppen derselben während der Arbeitszeit sich und andere von der Arbeit abzuhalten. Die Betriebsratsbesprechungen dürfen nicht öffentlich und nicht während der Betriebszeit abgehalten werden, ebenso kommt die Einführung einer besonderen Sprechstunde für Betriebsräte, die weniger als 100 Arbeitnehmer beschäftigen, nicht in Frage. Auch die Erredestunde ist außerhalb der Betriebszeit abzuhalten. Es dürfen keine Personen als Betriebsratsmitglieder erscheinen, die nicht die Voraussetzungen

Die Rätsel der peruanischen Baukunst.

Die die Erbauung der Pyramiden seit den Tagen des Herodot als eine kaum fassbare Riesenleistung der Menschenkraft Rätsel aufgegeben hat, so ist dies auch bei den Bauten der alten peruanischen Kulturwelt der Fall. Diese großartigen Denkmäler, die gleichsam für die Ewigkeit aufgeführt wurden, sind die einzig übrig gebliebenen Zeugnisse einer fernsten Vergangenheit, die für uns in Dunkel gehüllt ist, aber von der Höhe ihrer Kultur und Organisationskraft in drei Worten deutlich spricht. Mit den Rätseln dieser altperuanischen Baukunst beschäftigt sich E. Prandl in einem Aufsatz der „Naturwissenschaften“. Vor allem zeichnen sich diese Denkmäler durch die Verwendung großer Steinmassen aus. Bausteine von 125 Meter Höhe, Länge und Breite kommen überall vor; aber nicht selten erreichen diese Werkstücke ein ganzliches Ausmaß. So ist z. B. ein Stein einer Mauer der Festung Sacahuaman bei Cuzco 550 Meter hoch, 3 Meter breit, 2,30 Meter tief, und eine Sandsteinplatte in Tiahuanaco weist die Maße von 1,75 Meter Höhe, 4,50 Meter Breite und 1,50 Meter Tiefe auf. Am höchsten ist dieses Streben nach Monumentalität getrieben: in den Monumenten von Tiahuanaco, deren berühmtestes 2,72 Meter hoch und 3,66 Meter breit ist. Alle Erörterungen der peruanischen Altertümer haben sich den Kern darüber geschoben, mit welchen Mitteln derartige Steinmassen transportiert und aufgerichtet wurden. Die Steinwerke sind zum Teil noch nachweisbar. In einigen Fällen, in denen die Bauten nicht zerstört wurden, können Steine auf dem Transport liegen, so daß man den Weg genau feststellen kann. So sind z. B. die Leuchttürme von Tiahuanaco auf der Galtürstele (Vergleichung im Titicaca-See geschoben worden, und nahen so einen Weg von 50 Kilometern zurücklegen, der zum größeren Teil auf die Fährten über den See selbst. Bestimmte Straßen sind überhaupt nur für den Transport der Steine hergestellt worden; die Steine selbst, die von Bergen und Gegenden im alten Peru nicht kamen, von Bergenden in sehr beträchtlicher Steigung abwärts transportiert werden. Man behauptet, daß dabei ganzschonlich nicht der Berg, sondern die Steine und erheben sich mit Zugtieren, als mit Ochsen und Büffeln. Aber selbst die Aufstellung sehr schwerer Steinblöcke kann dem Bau nach den Denkmälern kaum erklären. So kam das sog. Sonnenheiligtum von Montezumbarco an sich unerschwingliche Straße auf einem hell abführenden Felsen, auf ein Felsenmassen der Felsen in hier nur durch einen

in der Mauer erhielten. Da kann man sehen, daß vom Boden aus eine aus Erde und Stein aufgeführte Rampe bis zur Höhe der halbfertigen Mauer hinaufführte. Man bediente sich also beim Höherführen der Mauern des Mittels, die Steine auf einer sanft ansteigenden schiefen Ebene durch Zug oder Heben hinaufzuführen. Die Erdrampe wurde mit der Vollerfüllung jedes Steinreihes jeweils erhöht oder auch verlängert, und so wuchs gleichzeitig mit dem eigentlichen Bauwerk ein umhüllender Hügel empor, eine Erdhülle, die gleichsam das Gerüst unserer Hochbauten vertrat und nach Fertigstellung des Baues wieder restlos entfernt wurde. Die höchste Bewunderung verdient auch die sorgfältige Zusammenfügung der Bausteine. Sie hat nicht selten einen derartigen Grad von Genauigkeit, daß die Steine wie aufeinandergeglitten erscheinen. Man kann tatsächlich in die Fugen weder eine Nadel, noch die dünnste Nadelrinne einführen. Mit Recht ist behauptet worden, daß nirgends in der Welt bessere Mauerarbeiten ausgeführt worden sind. Die Verwendung eines Bindemittels stellte man früher in Abrede. Nur frangene Klammern konnten an einigen Bauten beobachtet werden. Allerdings aber hat man in Cuzco eine Beobachtung, die schon Alexander von Humboldt in Nordperu gemacht hatte, bestätigt. Danach sind die Blöcke in eine dünne Schicht feinen Tonens gebettet, der die auch beim sorgfältigsten Schleifen nicht zu vermeidenden Fugräume des sonstigen Gesteins ausfüllte. Jedenfalls bezeugen diese unbestrittenen Erbauer der altperuanischen Denkmäler eine großartige Organisation und eine schier unbegreifliche Technik des Bauens.

Martisches Kalkgestein.

Eine Wanderung nach Kalkberge-Rüdersdorf beschreibt im „Vorwärts“ ein Kundiger der Geologie: „Anf. Jahres“, d. h. an seiner ursprünglichen Entstehungsstelle erhalten gebliebenes Gestein ist in Norddeutschland äußerst selten anzutreffen. Einer seiner wenigen Punkte befindet sich unmittelbar vor den Toren der Reichshauptstadt, bei Rüdersdorf. Von einer der Staldbahnstationen fahren wir bis Erlner. In wenigen Minuten erreichen wir die Dampferanlage, von wo aus wir uns nach Wollersdorfer See hinüber lassen. Wir befinden uns jetzt am Fuß der Kranichberge, die zu ziemlich Höhe aus dem Tal aufragen. Dieser Bergzug bezeichnet den nördlichen Rand des Berliner Urstromtals, das von dem Schmelzwasser des eiszeitlichen Inlandsees ausgefüllt wurde und in dem jetzt die See liegt. Auf dem allmählich ansteigenden Felsweg wandern wir gen Nord, auf die Höhe der Kranichhöhe hinauf. Am Morgen des 19./17. beginnt eine tiefe Schwüle, durch die wir an das Meer des Tauch der Bäume schimmernden Kalkes hinabsteigen. Die Schwüle ist von dem Regenwasser ausgewaschen worden, es ist eine Erfrischung. Auf kühlem Fels wandern wir am Kalksee und dann am Kalkgraben weiter nach Kalkberge-Rüdersdorf. Tief eingehaun ist diese Wasserlinie in das umgebende Land. Wir sehen hier eine Furt, die die See vom Ufer des Inlandsees ebenfalls ausgewaschen haben, als sie vom Ufer, der weiter nördlich lag, zum Urstromtal eilen. Es ist eine Reiterlinie des Urstromtales. Vom Keinen Restes steigt wir die Klippe hinauf und werden uns bei der Sonnenhitze, die gleichzeitig als Regenwasser dient, gen West. Wenige Schritte, und wir stehen auf der Kranichhöhe. Unter Hand können wir einen weit ausgehauenen See, der von heißen Felswänden eingegrenzt wird. Der hohe See hat die letztere Geographie, einen „Gebirgssee“ kennen zu lernen. In einer Stelle legen wir den Kranich, die Kalkgraben, in denen der Rüdersdorfer See abgewaschen wurde. Der See hat eine Tiefe bis zu 60 Metern.

Die Kalkfelsen bei Rüdersdorf entstammen einem sehr weit zurückliegenden Abschnitt der Erdgeschichte, dem Mittelalter der Erde. Durch spätere Bewegungen der Erdkruste wurden die ursprünglich wogerecht abgelagerten Schichten gewellt und gelangten in die unmittelbare Nähe der Erdoberfläche. Die in den Kalkfelsen vorkommenden Ueberreste von Lebewesen, besonders Muscheln, Schnecken und Seeigel zeigen, daß die Schichten einst im Meer abgelagert wurden. Nach dem am häufigsten vorkommenden Muscheln haben die Kalkfelsen den Namen Muschelfelsen erhalten. Die Rüdersdorfer Kalkbrüche wurden von den Königen des Klosters Ragel im 13. Jahrhundert angelegt. Für die bauliche Entwicklung der märkischen Städte, vor allem Berlins, waren sie von außerordentlich großer Bedeutung. Jetzt werden die größeren Kalksteine als Bausteine verwandt, während die kleineren in die Zement- und Kalkzementfabriken wandern, um hier zu Zement- und Mauersteinen verarbeitet zu werden. Rüdersdorf spielt in der Geschichte vom Aufbau des norddeutschen Tieflandes noch eine ganz hervorragende Rolle dadurch, daß der schwedische Gelehrte Torrell im Jahre 1875 hier die Beweise für die Inlandseestheorie fand. Nach dieser lag während der Eiszeit, die der Jetztzeit unmittelbar vorausging, das gesamte norddeutsche Tiefland unter einer viele Meter mächtigen Eisschicht begraben, die von den Gletschern Skandinaviens herkam. Zur Zeit ist nur der Tiefbau im Altsenlebenbruch, rechts der Brücke, in Betrieb. Nördlich der Brücke wandern wir hinunter und gewinnen einen Einblick in den Aufbau der Kalkfelsen und in die Art und Weise ihres Abbaus. Rüdersdorf bietet uns ein äußerst lehrreiches Bild von dem Abbau unserer Mutter Erde. Gleichzeitig lernen wir ein bedeutendes Kapitel aus dem wirtschaftlich so wichtigen Gebiet von der Beschaffung der Baustoffe kennen.

Kämpfer.

Das Leben ist Kampf, sagt man, und wollen wir bliden, sehen wir ja auch Werden und Untergang. Doch nicht Selbstweid ist der Kampf. Sein Resultat ist die Entwicklung. Entwicklung ist das leitende Prinzip der Natur, und das ist des Menschen natürliche Aufgabe, den Kampf bewußt einzufügen in die Menschheitsentwicklung. Jeder einzelne soll ein Uebergangsglied zu Neuem sein. Dem Höheren soll sein Leben dienen. Kämpfen heißt: ringen um die Zukunft des Menschengeschlechts. Das ist die Natürlichkeit unserer Menschenseins. Und wie ist die Wirklichkeit? Kämpfen muß der Mensch um seine nackte Lebensexistenz. Kämpfen muß er um sein einfachstes Lebensrecht. Kämpfen um die primitivste Lebensvoraussetzung. Gegen die Niedrigkeit und Gemeinheit eines traurigen Wirklichkeitsseins muß der Mensch seine Waffe erheben. Darum steht auch der seelisch Entwideltste im Rüstzeug einer kapitalistischen Lebensart, und so ganz Mensch sein im vollen natürlichen Geisteswert kann auch der Waise nur in einer neuen Wirklichkeitswelt. Stumen der höchsten Alpenregion haben ihre Waffen gegen die himmlische Welt da oben. Sie haben kurzen Wuchs, filzige Mäntel und was es sei. Versteht man sie ins Tal, dann verlieren sie ihre Waffen gegen die Grauzamkeit, und milber und lieblicher wird ihre Art, kaum zu unterscheiden von ihrem früheren Sein. So kann auch nur ein neues Wirklichkeitsleben eine neue Menschheit hervorbringen lassen. Die neue Arbeitswelt nur macht den Menschen zum natürlichen Entwicklungswerte. Haben wir sie erlangt, die neue Zeit, dann heißt Mensch: Mensch sein, Kalkmensch, Obelmensch.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Darüber berichtet „Die Konjunktur“ vom 19. August: Die Auswirkungen der fortwährenden Krise in Handel und Gewerbe auf den deutschen Arbeitsmarkt treten von Woche zu Woche deutlicher hervor. Augenblicklich hat die Arbeitslosigkeit noch lange nicht ihren höchsten Grad erreicht, da die Enttarbeiteten noch immer einem bedeutenden Teil der in der Industrie freizuwendenden Kräfte ein Unterkommen bieten. Die Aussichten für den kommenden Winter sind aber schon jetzt außerordentlich ungünstig, da fast nirgends Anläge einer durchgreifenden Belebung des Beschäftigungsgrades zu spüren sind. Man wird im Gegenteil mit fortgehenden Entlassungen von Arbeitern und Stilllegung von weiteren Betrieben zu rechnen haben. Dauernd schlecht ist die Lage des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie. Nur vereinzelt ist eine leichte Besserung zu beobachten, der starke Rückgang in anderen Orten gegenübersehen. So mühten in Thalheim im Stollberger Bezirk aus einigen Betrieben vorübergehend etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden. Um die Arbeitslosigkeit in der niederschlesischen Textilindustrie, besonders im Kreis Landeshut, zu beheben, soll durch die Regierung in Liegnitz versucht werden, Staatsaufträge für die Leinenindustrie durch die Reichsregierung zu ergötzen. Dergleichen sollen die Kommunalverbände, die größeren industriellen Unternehmungen, insbesondere die Grubenwerke zu Bestellungen veranlaßt werden. Die schon vor einiger Zeit beobachtete Stabilisierung des Beschäftigungsgrades in der Schuhindustrie scheint anzuhalten. In der Metall- und Maschinenindustrie weisen nur wenige Betriebe eine zufriedenstellende Beschäftigung auf. Die Kieler Reichswerft hat eine größere Anzahl von Arbeitern entlassen. Das Holzgewerbe ist fast in allen Zweigen, besonders aber in der Möbelindustrie, sehr schlecht beschäftigt. Keine Nachfrage nach Kiefern zeigte sich in Süddeutschland. Die Bauaktivität liegt allenthalben arg darnieder. Bemerkenswert ist, daß auch solche Spezialbranchen bereits von der Krise erfaßt werden, denen es bisher immer gelungen war, Betriebseinstellungen zu vermeiden. So wird aus Jena berichtet, daß die örtlichen Werkstätten der Firma Zeiß genötigt sind in nächster Zeit größere Entlassungen vorzunehmen. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise aus 372 deutschen Städten betrug die Zahl der unterstützungsbedürftigen Erwerbslosen (die wirkliche Zahl der Arbeitslosen dürfte erheblich größer sein) am 31. Juli d. J. 280.845, wovon 210.768 männliche und 70.087 weibliche. In der letzten Berichtswoche wurden 14,68 Millionen Mark Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt.

Aus den Zahlstellen.

Leipzig. Am 10. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung billigte es, daß Gauleiter Rühle die den Bauarbeitern zugesandenen 55 Pf. pro Stunde auch für uns beim Schlichtungsausschuß beantragt hat. Kollege Koch hielt dann einen Vortrag über Religion und Sozialismus: An der Hand zahlreicher Beweise stellte er fest, daß die Arbeiterbewegung bis zur Revolution 1918 als ein totgeborenes Kind von den Gewerkschaften und Parteien gehalten wurde. Der Referent widerlegte diese Ansicht und hielt im Gegenteil für außerordentlich wichtig, für den Austritt aus der Kirche eifrig zu agitieren, da doch die Religion stets ein großes Hemmnis für die Arbeiterbewegung gewesen ist. Zur Klärung über die einschlägigen Fragen empfahl er folgende Werke zu lesen: Ursprung der Religion von Rautsky und Ursprung der Religion und Gottesglaubens von Kuno. Dann sei es Pflicht jedes einzelnen, zunächst seine Fragen aufzuklären, um diese von der Wichtigkeit dieser Frage zu überzeugen. Auch doch die Erziehung unserer Kinder in der Hauptsache in den Händen der Frauen. Wollen wir also eine freiere Anschauung unserer Nachkommen, so muß auch die Frau von den alten Vorurteilen befreit werden. Dem Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in welcher leider ein Kollege den Referenten in unangenehmer Weise angriff. Die Versammlung verurteilte dieses aufs Schärfste.

Kammerbach. Am Montag, dem 9. August, fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, wo auch alle Betriebsräte der im Zahlstellengebiet liegenden Steinbruchbetriebe anwesend waren. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt die Kündigung des Bezirksrates der Steinarbeiter der ganzen Rheinpfalz. Kollege Garfert, Karlsruhe, erläuterte eingehend Bericht über die Kündigung der Unternehmer und wies bei der noch bestehenden und fast untragbaren Steuerung darauf hin, daß dies ein ungerechtfertigtes Vorgehen der Unternehmer darstellt, was sie nicht verantworten können. Von einem Preisabbau in den Lebens- und Bedarfsartikeln kann keine Rede sein, es ist immer noch mit einer weiteren Steigerung zu rechnen. Die festgelegte Begründung des Süddeutschen Steinindustrieverbandes (Ehlig Neuhof, Hoardt) bezüglich eines Preisabbaues in ihren Arbeitsgebieten kann nicht so bedeutend sein, wie betont wird, und steht in keinem Verhältnis zu den geringen Löhnen. Der Gewinn der Unternehmer war gerade während des großen Wertanstieges, da meist Auslandslieferungen, ein großer; auch die fühlten sich die Unternehmer trotz allem Streben der Steinarbeiter nicht veranlaßt, ausreichende Löhne zu zahlen. Kollege Gras teilte mit, daß die Bekanntgabe über die Kündigung des Bezirksrates in allen Betrieben bei sämtlichen 2000 Steinarbeitern der Pfalz die größte Erbitterung hervorrief. Es ist kein ungerechtfertigtes Verlangen, den Tarif beizubehalten, auch eine Erhöhung wird angestrebt. Im April 1920 wurde uns bei einem Aufschlag von 60 Prozent aller Lebens- und Bedarfsartikel eine Lohnerhöhung von 10 Prozent im Durchschnitt bewilligt und jetzt will man, wie bereits hervorgehoben, weil die Herren Unternehmer einen Wertanrückgang verpöhlen und nicht mehr allzu große Gewinne erzielen, den Lohn der Steinarbeiter abbauen. Die Versammlung beschloß, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einer Reduzierung ihrer Löhne entgegenzutreten. Dann wurde der Anschluß an das Gewerkschaftsnetz Ruffel einstimmig beschlossen.

Kaiserslautern. Am Sonntag, dem 15. August, tagte im Lokal „Zur Post“ eine Bezirkskonferenz für die Sandsteinarbeiter der Rheinpfalz. Vertreten durch Delegierte waren die Zahlstellen: Alfenz, Dürkheim, Neustadt, Kaiserslautern, Ludwigs-, Hafen, Mannheim. Auch der Gauleiter Fr. Sarsert war anwesend. Kollege Probst eröffnete mit einer kurzen Ansprache die Konferenz und drückte den Wunsch aus, daß jetzt endlich die Pfälzer Sandsteinarbeiter sich erger zusammenschließen. Kollege Sarsert hielt in längerem Vortrage die notwendige Zusammenlegung der Zahlstellen zu einem Tarifgebiet. Er vermahnte dabei auf die bereits bestehenden Bezirksorganisationen und obgegriffenen Bezirksrat in innerhalb unserer Organisation. Auch der „Reichsrat für Steine und Erden“ fand Erwähnung. In der anschließenden Diskussion kommen die Kollegen W. Sigand, Mannheim, Bromm, Ludwigshafen, auf die vorher behandelte Bezirksorganisation zu sprechen und bedauerten die schlechte Unterstützung durch die Gauleitung. Sarsert wies die Kritik mit Überhöhung von Arbeit zurück und schärfte die Tätigkeit eines Gauleiters in der jetzigen Zeit. Nachdem noch mehrere Delegierte zu dieser Anregung gesprochen, wurde einstimmig beschlossen, eine Bezirksorganisation zu gründen. Dazu soll jede Pfälzer Zahlstelle für die volle verkaufte Beitragsmarke 3 Pf. an die Bezirkskasse abführen. Als Vorarbeit wurde Kaiserslautern bestimmt, zum Vorstehen der Kollegen Probst. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde noch die Schaffung eines Bezirksrates angesetzt und soll der Vorstehende sämtliche Pfälzer Unternehmer in der Erd- und Steinindustrie namhaft machen und dem Gauleiter übermitteln. Vorerst soll der Reichsrat für „Steine und Erden“ für die Pfalz als Grundloze genommen werden. Nachdem nochmals rege Mitarbeit und Unterstützung der Zahlstellen gewünscht wurde, fand die Tagung ihr Ende. Kollege Weigand von Mannheim übergab sodann die Kasse, die einen Betrag von 92,50 M. aufwies.

Kaiserslautern. Unter dieser Ueberschrift bringt die Christliche Arbeitervereinszeitung eine Rede von Kaiserslautern über den kürzlich hier beendeten Streik. Das Resultat des Kampfes, das in einer Tagung von 50 Pf. pro Stunde besteht, hätte nach dem Christlichen Arbeiterrat ohne Kampf errungen werden können. Er rechnete nun

nicht gelöst, vor allem harrt noch die eigentliche Baumeße ihrer Lösung.

Der Naturstein erfährt auf den Messen immer noch eine recht fleißigste Behandlung. Und doch sollte er gerade hier bei der Bedeutung, die die Technik der Messe gewonnen hat, recht zahlreich und mannigfaltig vertreten sein! Um so freudiger ist es zu begrüßen, wenn man einer so ausserordentlichen Ausstellung begegnet, wie sie die Firma B. Marx & Co. in Leipzig veranstaltete. Diesmal hatte dieselbe vier imposante Grabdenkmäler ausgestellt in einem Würzburger Kalkstein. Ferner bemerkte man hier einige trefflich ausgeführte Denkmäler in Granit, sowie in Cottauer Sandstein, u. a. auch solche mit künstlichem Schmutz in getriebener Kupferbrünne von prächtiger Wirkung. Außerdem waren mehrere Urnen in Granit, sowie verschiedene Luxusgegenstände, wie Schreibtischgarnituren, in diversen deutschen und ausländischen Marmorarten ausgestellt, die von künstlerischem Geschmack zeugen. Weiterhin konnte man sich von der Leistungsfähigkeit dieser Firma durch Veranschaulichung schöner Entwürfe und Modelle von ausgeführten Arbeiten überzeugen. — Die Leipziger Marmor- und Grabmal-Industrie Otto Wugler in Leipzig-Löbnitz brachte Muster von 13 Sorten Marmor (zehn deutschen, drei ausländischen) zur Messe.

Aufruf zum Ersten Kongress der Betriebsräte Deutschlands

Der geschäftsführende Ausschuss und der provisorische Beirat der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat in seiner Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, die Vertreter der Betriebsräte zu einem Kongress der Betriebsräte Deutschlands am 5. und 6. Oktober d. J. nach Berlin, Neue Welt, Hakenstraße,

- zusammenzuberufen. Als Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Referent: Genosse Bissell).
 2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung (Referent: Genosse Dr. Hilsenberg).
 3. Die Aufgaben der Betriebsräte (Referent: Dittmann und Karpel).
 4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte (Referent: Genosse Brolat).

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen und mindestens ein Jahr einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der ihm angeschlossenen Organisation als Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte. Mit der technischen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

Arbeiter, Angestellte, Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte!

Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt täglich schärfere Formen an. Unter dem Druck einer fürchterlichen Krise werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und damit zu grenzenlosem Elend verdammt. Ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl werden Betriebe unter nichtigen Vorwänden stillgelegt. Der Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer stellt sich die Sabotage der schwer-erämpften, bedrückten, durch das Betriebsrätegesetz gekämpften Rechte der Arbeiter und Angestellten hinzu. Aus diesen Gründen ist eine berechtigte Erregung in sämtlichen Arbeitnehmerkreisen eingetreten und der Drang nach Einfluss und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend. Dieser Einfluss kann nur gesichert werden, wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, hinter der ebenso geschlossen die Gewerkschaften stehen. Diese organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte und die Regelung ihres Tätigkeitsgebietes nach einheitlichen Richtlinien wird durch den Kongress herbeigeführt werden. Dieser hat deswegen nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird durch Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Wirken die Macht und den Einfluss der Arbeitervertretung in den Betrieben dauernd sichern.

Nach der Mitgliederzahl entsenden auf unsere Organisation 6 Delegierte, die, wie aus dem Aufruf zu entnehmen ist, als Betriebsräte auch nur von Betriebsräten gewählt werden können; da wir aber 8 Gaubezirke haben, entsandt nicht einmal auf jeden Gaubezirk ein Delegierter. Der Verbandsvorstand wird in allerhöchster Zeit beauftragt werden, wie und welche Bezirke infolge ihrer Betriebsverhältnisse an der Delegiertenwahl zum Betriebsrätekongress am besten teilnehmen.

Mit Luxusgegenständen in verschiedenartigem Marmor, wie Uhren, Schreibtischgarnituren, Schalen usw., und in sehr schöner Ausführung waren die Vereinigten Fichtelgebirgs-, Granit-, Speit- und Marmorwerke A. G. Wundtbel vertreten. Auch sah man hier verschiedene Arbeiten in ausländischem Marmor (italienischem, französischem usw.), mit dem jedoch das deutsche Material vollkommen konkurrieren kann. Die prächtigen Farbenwirkungen des deutschen Marmors stehen denen des ausländischen in keiner Weise nach, wie man z. B. bei dem ausgezeichneten Schwarzenbacher Marmor konstataren kann, der das ihm ähnliche belgische Material völlig ersetzt. Eine besonders schöne Art in deutschem Marmor ist der Grasmagrin. Außerst mannigfaltig und umfangreich ist das aus den eigenen 20 Brüchen stammende Material dieser Werke. — Die Granitwerke Franz Schilling, Löhmen bei Dresden, hatten ebenfalls Grabdenkmäler moderner Richtung in exakter Bearbeitung zur Ausstellung gebracht. — Das Marmorwerk Rudolf Haeger in Berlin-Niederlehndorff brachte Wandschmuckstücke in deutschem und ausländischem Marmor — von letzterem ein schönes Muster französischer Marmors (Venne) — zur Messe. — Die Serpentinwarenfabrik A. Raumann in Waldheim stellte eine besonders reiche Auswahl in Uhren und Schalen in dem Waldheimer Tiefschwarz-Serpentinstein aus, ebenso Sockel für Bronzen und Platten und Schreibtischgarnituren. Dieses aus eigenen Brüchen stammende Material eignet sich ganz vorzüglich zu derartigen Gegenständen, wird aber ebenso für Urnen und Denkmäler bearbeitet und ist von höchst künstlerischer Wirkung. — Der Bildhauer A. Weyler in Hirschberg i. Schl. hatte ein paar Grabdenkmäler ausgestellt, deren Material aus einem im Kleingebirge bei Hirschberg neu erschlossenen Bruch stammt und „Nabejagranit“ genannt wird, der sich von anderen Graniten dadurch unterscheidet, daß er etwas größer gestockt ist. — Die Steinbruch- und Steinmetzbetriebe Zehler & Wimmel in Bunkeln — eins der ältesten deutschen Geschäfte der Branche, das 1770 gegründet wurde — war auch auf der Messe vertreten.

Eine Sonderabteilung auf der Baumeße veranschaulichte wiederum eine Auswahl von Arbeiten künstlerisch tätiger Architekten Deutschlands, Entwürfe usw. vom Monumentalbau bis zum einfachen Landhaus.

des § 20 A. B. für die Wahlzeit in den Betriebsrat einzutreten. Die bei Wiedererfassung eines Betriebs (nachdem er vorher längere oder längere Zeit stillgelegt gewesen ist) wieder im Betriebe beschäftigten ehemaligen Betriebsratsmitglieder sind nicht befugt, im Wiedererfassungsbetrieb als Betriebsratsmitglieder zu kandidieren. Das ist nur möglich, wenn sie bei einer etwa notwendig werdenden Neuwahl wiedergewählt werden.

Was der Betriebsrat darf.

(Standpunkt der Arbeitnehmerseite.)
Der Betriebsrat ist wohl berechtigt, sich um die Organisationsangelegenheiten der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer zu kümmern; dies kann sogar je nach Sachlage zur Vorweisung über tarifvertraglichen Pflichten für ihn werden. Schließen bei der Einstellung und Entlassung eines Arbeitnehmers der dessen Organisationsangelegenheiten in der Regel keine Rolle spielen. Anträge in den Betriebsräumen zu machen, ist dem Betriebsrat nicht im geringsten verwehrt; im Gegenteil, der Arbeitgeber kann dem Betriebsrat grundsätzlich kein Hindernis bei solchen Anträgen in den Weg legen. Die Mitwirkung des Betriebsrats bei der Förderung der Betriebszwecke und der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, ferner bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden ist dem Betriebsrat in dem § 66 geradezu zur Pflicht gemacht; der Arbeitgeber darf also hierbei dem Betriebsrat nicht nur nicht ausweichen, sondern er muß seine Mitwirkung geradezu in Anspruch nehmen. Wie weit der Betriebsrat berechtigt ist, zur Erfüllung der ihm im Gesetz übertragenen Aufgaben die Vorlegung von Geschäftsbüchern usw. zu verlangen, hat nicht der Industrieminister zu bestimmen, sondern nach dem § 71 des Gesetzes die jeweilige Sachlage; je nach es nötig machen und sogar für den Arbeitgeber als sehr erwünscht erscheinen lassen, daß dem Betriebsrat noch viel weitergehende Einsicht in die gesamte Geschäftsführung gegeben werden. Die Betriebsversammlung kann sich je nach der politischen Lage, mit politischen und gewerkschaftlichen Kreisen beschäftigen müssen, um den Betrieb im Sinne des § 66 Ziffer 3 vor Erschütterungen zu bewahren. Daß dem Betriebsrat die nötige Befreiung von der Arbeitszeit ohne weiteres gewährt und alle notwendigen Anlagen ihm ohne weiteres ersetzt werden müssen, ist in den §§ 65 und 66 des Gesetzes mit besonderem Nachdruck festgelegt. Nirgends im Gesetz ist mit einem Worte davon die Rede, daß der Betriebsrat nicht befugt wäre, während der Arbeitszeit Unterredungen mit einzelnen Arbeitern oder Gruppen zu pflegen; im Gegenteil, der § 78 Ziffer 4, der dem Betriebsrat die Unterredung von Beschäftigten zur Pflicht macht, kann ihn gerade im Interesse eines ruhigen Betriebszuges zwingen, solche Unterredungen betriebsfremd zu führen. Die Betriebsratsitzungen können sehr wohl während der Arbeitszeit abgehalten werden, wenn es nicht anders möglich ist. Der Arbeitgeber hat in diesem Falle nur das Recht, davon benachrichtigt zu werden; ein Einspruchsrecht steht ihm nicht zu. Schließlich, wenn auch nicht ganz so, steht es mit der Abhaltung der Sprechstunden.

Was der Arbeitgeber nicht darf.

(Ansiht auf Arbeitnehmerseite.)

Auf Grund des Betriebsrätegesetzes darf der Arbeitgeber keinerlei Dienstvorschriften oder Arbeitsordnungen allein erlassen, sondern nur nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Arbeitsordnungen ohne die Unterschrift des Betriebsrats sind unwirksam (§ 104, IV). Wenn der Arbeitgeber Maßnahmen zu treffen beabsichtigt, die das Gemeininteresse schädigen können, muß er sich den Einspruch des Betriebsrats gefallen lassen (§ 68). Beschwerden der Arbeitnehmer darf der Arbeitgeber nicht allein beschließen, sondern nur nach gemeinsamer Verhandlung mit dem Betriebsrat (§ 68 Ziffer 7). Der Arbeitgeber darf nach § 71 dem Betriebsrat die Aufschlüsse, die dieser zur Durchführung seiner Aufgaben benötigt, nicht verweigern. Macht er ungenügende oder unrichtige Angaben, so wird er mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft; dasselbe gilt für die Bilanzvorlegung. Bei Erweiterung oder Stilllegung des Betriebs oder bei Einführung neuer Betriebs- oder Arbeitsmethoden darf der Arbeitgeber nicht einseitig Entlassungen u. a. Entlassungen größeren Umfangs verfügen, sondern er muß sich vorher mit dem Betriebsrat ins Benehmen setzen (§ 74). Kein Arbeitgeber darf grundsätzlich einem Betriebsratsmitgliede kündigen ohne die Zustimmung des Betriebsrats; nur ganz seltene Fälle sind davon ausgenommen (§ 98).

Was die Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer überhaupt betrifft, so hat das Gesetz allerdings darauf verzichtet, dem Betriebsrat ein „Mitbestimmungsrecht“ im vollen Sinne des Wortes auszusprechen, aber für die Mitwirkung des Betriebsrats bei der Einstellung sieht das Gesetz ausdrücklich die Vereinbarung von Richtlinien mit dem Arbeitgeber vor (§ 78 Ziffer 8 und §§ 81—83), für die das Gesetz nur einige Mindestvorschriften trifft, deren Umfang aber sonst in keiner Weise beschränkt ist. Der Betriebsrat kann sehr wohl fordern, daß ihm in diesen Richtlinien ein wirksames Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. In der Wirkung stärker noch ist das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Entlassung von Arbeitnehmern in den §§ 84—89 des Gesetzes geregelt. Mit nach diesen Bestimmungen, namentlich im Hinblick auf § 84 Ziffer 4, dem Einspruchsrecht des Betriebsrats bei Entlassungen gerade in der heutigen Zeit kaum eine Grenze gezogen, so steht auch hier einer weitergehenden generellen Vereinbarung zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber kein Hindernis im Weg.

Es ist notwendig, die Arbeitnehmer und auch die Arbeitgeber daran zu erinnern, daß, wie im sozialpolitischen Ausschusse der Nationalversammlung bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes einstimmig festgestellt wurde, die Befugnisse der Betriebsräte jederzeit durch Vereinbarungen innerhalb der einzelnen Betriebe oder durch Tarifverträge weit über den Rahmen hinaus ausgedehnt werden können, den das Betriebsrätegesetz für die heute noch junge Institution der Betriebsräte geschaffen hat. Wie weit die Ausdehnung der Rechte der Betriebsräte auf diesem Wege möglich ist, hängt selbstverständlich von der Macht der Arbeiterschaft im ganzen und innerhalb der einzelnen Betriebe ab; mindestens in demselben Maß aber auch von der Einsicht und dem Verantwortungsbewußtsein der Arbeitgeber und ihrer Organisationen. Man kann heute schon sagen, daß heißt, daß heute bei der Festlegung des Ausmaßes der Rechte der Betriebsräte, sei es auf Grund des Gesetzes, sei es über das Gesetz hinaus, dem betreffenden Betrieb oder der betreffenden Industriebranche nur dann Antriebe und Kämpfe erspart bleiben, wenn das Unternehmertum einsieht, daß die Zeit des Herrenhandpunktes unwiderrücklich vorbei ist, und daß nur auf dem Boden rechtlicher und menschlicher Gleichberechtigung der Betriebe im Arbeitsverhältnis bewahrt bleiben kann.

Der Naturstein auf der Leipziger Herbstmustermesse 1920.

Die diesjährige Technische Herbstmustermesse in Leipzig (15. bis 21. August) stand unter dem Zeichen wirtschaftlicher Unsicherheit, die in einer allgemeinen Geschäftsunlust ihren Ausdruck fand. Trotzdem war die Anzahl der Aussteller auf 3400 gestiegen, während die der Einkäufer etwa 20000 betrug. Auch das Ausland war, wenn auch nicht so zahlreich und wenn auch die Besucher aus dem Osten infolge der dortigen Kriegsergebnisse völlig fehlten, wieder vertreten, insbesondere Österreich, Tschechoslowakei, Schweiz, Schweden, Dänemark, selbst Südamerika und Japan. Ueber die Teilung der Messe sind die Meinungen noch sehr „geteilt“. Eine Hauptkuld des stillen Geschäftsganges wird hierauf geschoben, und wohl auch nicht mit Unrecht. Es sollte wenigstens ermöglicht werden, die beiden Messen kurz hintereinander stattfinden zu lassen, etwa mit einem Tag Zwischenraum zum Abräumen und Aufstellen. Die Raumfrage ist, was unter den heutigen Verhältnissen allerdings erträglich erscheint, auch noch lange

aus, daß die Kollegen 18 Wochen arbeiten müssen, um den Schaden, den der Kampf gebracht hat, mit der Erhöhung auszugleichen. Im übrigen ist seine Haltung eine Entschuldigende, weil die Christen mitgemacht haben, sie haben auch nicht mitgestreift, wie es in dem Bericht heißt, um ihren Lohn zu verbessern, so etwas kann ohne Kampf erreicht werden; mitgestreift haben sie nur, um nicht — als Streikbrecher zu gelten. Auch ein Grund; wenn er auch keinen richtigen Inhalt hat, so aber doch einen gewissen Sinn. Mit diesem gehen die Leute nun schon 15 Jahre in der Pfalz treuen und ihre Organisation schwebt hier immer noch zwischen Werden und Vergehen.

Hohenzollern. Am 15. August fand unsere Monatsversammlung statt, die mangelhaft besucht war. Die Tagesordnung lautete: Bezirkskonferenz Weimar, Lohnfrage, Kartell und Verschiedenes. Die Bezirkskonferenz Weimar zu besprechen, wurde einstimmig abgelehnt. Die Lohnfrage bei der Firma Kahnes, die nicht zugunsten der Arbeiter ausfiel, wurde dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Die Lohnforderung bei der Firma Krebs wurde der Betriebsversammlung überlassen. Kollege Herrling gab einen Bericht von der letzten Kartellversammlung. Kollege Linberg erwähnte, daß eine Sammlung gemacht werden soll für die Gefallenen beim Kapp-Putsch und für das Volkshaus Leipzig. Unter Verschiedenem kam es zu einer Aussprache über Betriebsversammlungen.

Rundschau.

Eine eigenartige Solidarität wird in dem beschlossenen Zukunftsarbeiten zur Neutralität in dem polnisch-russischen Krieg, wie von den Gewerkschaften und den drei sozialistischen Parteien beschlossen wurde, von der A. P. D. in der Praxis getrieben. Der gemeinsame Aufruf ist von ihr unterschrieben, trotzdem kämpft sie nicht nur alle anderen unterzeichneten Vertreter usw., sondern propagiert auf eigene Faust Sonderbestimmungen und verlangt unter anderem mit großem Wortschwall die Wahl von politischen Arbeitern. Die A. P. D. steht immer am Vorabend der neuen Revolution. In einer Zusammenkunft der Gewerkschaften mit den politischen Parteien, wo Richtlinien zur Transparenzkontrolle aufgestellt wurden, ist beschlossen, die A. P. D. von der weiteren Mitarbeit auszuschließen. Ein solcher Beschluß ist nur folgerichtig und findet sicher die Genugtuung aller, die sich nicht nur an Worten berechnen.

Zur Mietssteuer. Zur Frage der Mietssteuer wird vom Reichsarbeitsministerium geschrieben:

Die Wohnungsmiet, die immer untraglicher wird, kann nur durch Rentauten gelindert werden. Diese erfordern aber auf Jahre hinaus besondere Zuschüsse, da die Herstellungskosten, die zur Zeit teilweise etwa das Zehnfache der Mietpreise betragen, aus den Mieten nicht vergütet werden können. Die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden läßt jedoch solche Zuschüsse nur möglich erscheinen, wenn dafür Deckung aus einer besonderen Quelle erfolgt.

Für längere Zeit wird die bisherige Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten werden können. Da die Wohnungsmieten im Vergleich zu der allgemeinen Preissteigerung niedrig geblieben sind, wird damit zu rechnen sein, daß die Wohnungsmieten und mit ihnen die Preise der bebauten Grundstücke eine recht erhebliche Steigerung erfahren, so daß trotz der anerkennenden hohen Selbstkosten des privaten Hausbesitzes noch ein darüber hinausgehender erheblicher Wertzuwachs für den Vermieter zu erwarten ist. Greift die Gesetzgebung nicht rechtzeitig ein, so würde eine erhebliche Belastung der Mieter zugunsten des privaten Hausbesitzes erfolgen, für die es nach dem lebenden Gesagten an jeder Rechtfertigung fehlt. Dies muß verhindert werden, indem die betreffende Steigerung von vornherein für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird. Die so verfügbaren Mittel können dann zur Gewährung von Zuschüssen für Neubauten Verwendung finden, so daß ein Ausgleich zwischen den Mieten in alten und neuen Wohnungen hergestellt wird.

Der geplanten Abgabe liegt daher ein sehr berechtigter sozialer Gedanke zugrunde: Die Verhinderung eines künftigen nicht gerechtfertigten Wertzuwachses für den privaten Hausbesitz. Sie ist andererseits die einzige Quelle, aus der die für die Neubauten dringender notwendige Gelder beschafft werden können. Wenn daher die Erhebung einer Abgabe vom Grundbesitz zur Finanzierung der Neubauten nicht erfolgt, so würde die bisherige Wohnungsmiet mit all ihren bedenklichen Folgen für die weitaus Mehrheit der Bevölkerung verewigt werden.

Zur Jewensbewirtschaftung. Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß der Reichsarbeitsminister eine Verfügung erlassen habe, wonach die Zwangsbewirtschaftung für Zement aufgehoben sei, daß aber für eine derartige Verfügung nicht das Reichsarbeitsministerium, sondern das Reichswirtschaftsministerium zuständig gewesen wäre. Diese Nachricht ist irrig. Die Zwangsbewirtschaftung für Zement ist nicht aufgehoben. Der Reichsarbeitsminister hat nur verfügt, daß vorläufig bis auf weiteres die Abgabe von Zement, Kalk und Gips für Neubauten aus ohne die Zwangsbewirtschaftung erfolgen darf, die seinerzeit durch Erlaß des Reichskommissars für das Wohnungswesen vom 24. Februar 1920 vorgegeben worden sind. Eine derartige Anordnung gehört zur Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums, da dieses die Geschäfte des früher damit betrauten Reichskommissars für das Wohnungswesen nach dem 1. April 1920 in vollem Umfange übernommen hat.

Die Reichsregierung zur Sozialversicherung. In der letzten Sitzung des Reichstages am 5. August 1920 hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Auftrag der Reichsregierung eine Erklärung zu der Frage der Sozialversicherung abgegeben, die um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen hier im Wortlaut mitgeteilt wird:

Der Reichsarbeitsminister hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Juli 1920 einstimmig sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinsamen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angehörigen zu verantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Ich bin nun ermächtigt zu erklären, daß die Reichsregierung ebenfalls auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat der Herr Reichsarbeitsminister beauftragt, unter Beachtung der Weiterentwicklung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der im Laufe dieses Monats zu erwartende Bericht der Sozialversicherungsanstalten vorliegt. Die Art und Form der Sozialversicherung werden sich aus der Antwortzeit ergeben. Die deutsche Reichswirtschaft ist in der Richtung erhöhter Produktionsleistung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Mit der Heranziehung dieses Gesichtspunktes befindet sich die Reichsregierung ebenfalls in vollster Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Reichsarbeitsrats vom 24. Juli.

Die Wahrheit über Sowjet-Rußland! Welch widersprechende Aufstellungen in Deutschland über Sowjet-Rußland bestehen, eine erneute aus dem Neben her, die der Minister des Auswärtigen, Herr Dr. Simons, in der Rede über die Sowjet-Revolution geäußert hat. Während Herr Dr. Simons in seiner ersten Rede der Sowjet-Republik das Zeugnis ausstellte, daß sie eine enorme aufstrebende wirtschaftliche Arbeit geleistet habe, behauptete er im nächsten Zuge die politische Bedrohung, die Rußland gegenüber besteht, als eine festernde Gefahr, die es verdrängt, was sie erreicht und nur Abwehrkräfte hinderlich ist. Auch nach herrschen in Deutschland über die Zustände in der Sowjet-Republik die widersprechendsten Urteile.

Da es aber bei der Lage in der sich Deutschland befindet, für uns von der ersten Bedeutung ist, nur Wahrheit über Sowjet-Rußland zu kennen, so habe ich mich entschlossen, die Wahrheit über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage der Sowjet-Republik durch die Veröffentlichung der von dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns am 5. August 1920 in der Reichsversammlung gehaltenen Rede über die Sowjet-Republik, die ich hier im Wortlaut mitteilen möchte, zu veranlassen. Diese Rede enthält die wichtigsten Tatsachen über Sowjet-Rußland.

1. Über die Entwicklung der russischen Industrie seit der Inauguration der Sowjet-Republik;
2. Über die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe, insbesondere die Beschaffung der Kohlen;
3. Über die Entwicklung der Landwirtschaft, insbesondere die Entwicklung der Getreideproduktion und die Entwicklung der Viehzucht;
4. Über die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, insbesondere die Entwicklung des Gerichtswesens, und die Entwicklung der Beziehungen des Reichs zu Rußland.

5. Über die Wirkungen der politischen Umwälzungen auf den allgemeinen Kulturstand;

6. Über die Frage, ob hinter den kriegerischen Unternehmungen der Sowjet-Republik national-imperialistische Absichten liegen.

Der Hauptteil wird darauf gelegt, daß persönliche Einbrüche und Wahrnehmungen mitgeteilt werden. Von besonderem Interesse sind für die genannte Gesellschaft die Beobachtungen unserer heimgekehrten Kriegsgenossen. Ueber die Art und Weise der Verwendung dieser Mitteilungen in einem Sammelwerke (Namentnennung, Entschuldigend und anderes) wird sich die Gesellschaft mit den Einsendern in jedem Falle verständigen. Den Mitteilungen ist die genaue Aufschrift des Einsenders beizufügen. Wir bitten wegen der Bedeutung der Angelegenheit um zahlreiche Beteiligung.

„Aufbau und Wenden“, Gesellschaft für praktische Volkswirtschaft, Berlin W 57, Potsdamer Str. 67.

Unternehmerlogik. Die Arbeitgeberzeitung weist auf den schwindenden Lohnunterschied zwischen Gelehrten und ungelerten Arbeitern hin. Der gelehrte Arbeiter würde jetzt fast ebenso gut bezahlt wie der ungelernete. Wird das nicht, so heißt es, der Drang zur Fortbildung, der doch die Grundlage eines wirtschaftlichen Aufstieges bilden sollte, nicht völlig lohnmäßig? Wie denkt sich das Unternehmertum denn den Ausweg? Soll der Angelernte etwa weniger verdienen als er heute hat. Das ist doch nicht recht möglich, da dem Arbeiter doch kaum das Existenzminimum gegeben wird. Entweder muß der Unternehmer also dem Gelehrten mehr geben oder die kapitalistische Wirtschaft muß ihren eigenen Gewinn einmal bescheiden und an eine weitestgehende Verbilligung der Lebenshaltung herangehen. Je billiger das Leben wird, um so mehr treten die Unterschiede zwischen Gelehrten und Angelernten von selber zutage. Aber so lange das nicht der Fall ist, kann jeder ohne Unterschied des Könnens zum allerwenigsten verlangen sein Existenzminimum.

Soziale Les und Wachstum. Die Ernährung mit Muttermilch ist bekanntlich von der größten Bedeutung für die Erhaltung der Säuglinge. So starben in Berlin im ersten Lebensmonat fast dreimal soviel Säuglinge, die mit Muttermilch ernährt wurden, als Säuglinge, die von ihrer Mutter die natürliche Nahrung bekamen. Und während im Sommer fünfmal soviel Säuglinge starben als in den übrigen Jahreszeiten, ist die Sterblichkeit durch die Sommerhitze bei den Brustkindern nur einhalb mal so groß. Was nützen da alle Säuglingsbeschützungen, wenn das Uebel nicht an der Wurzel angefaßt wird? Das soziale Uebel ist die Wurzel alles Übels. Dr. Eugenreich hat nämlich festgestellt, daß ein ethisches Manko, Gleichgültigkeit der Mutter dem Leben des Kindes gegenüber sehr selten ist. Die sozialen Verhältnisse sind es, die die Mutter zur künstlichen Ernährung veranlassen. Am traurigsten sind die Mütter daran, die gezwungen sind, außerhäuslichem Erwerbe nachzugehen. Und das sind sehr viele, denn 60 bis 80 Prozent aller Mütter müssen sofort nach ihrer Schulentlassung dem Broterwerb nachgehen und fast 10 Prozent aller Säuglinge sind unethisch. Es ist überaus bezeichnend für den Kapitalismus, daß in diesem wesentlichen Punkte der Volkswirtschaft sozusagen nichts geschieht. Das Proletariat hat hier eine der wichtigsten Kulturaufgaben zu erfüllen.

Kopf- und Handarbeit. Auch die Kopfarbeiter rechnen bekanntlich zum Proletariat, wenn sie diese ihre proletarische Abhängigkeit auch meist nicht erkennen, weil ihre Lebensbedingungen bedeutend besser sind als die der Handarbeiters. Das zeigt uns eine interessante Statistik, die in England aufgenommen wurde. Danach ist die Sterblichkeit aller geistigen Berufe bedeutend geringer als die der körperlich Arbeitenden. Am günstigsten stehen die Gelehrten da. Den Uebergang zwischen den Kopf- und Handarbeitern bilden in dieser Beziehung die Ärzte. In den mittleren Jahren (zwischen 33 und 55 Jahren) ist die Sterblichkeit bei den am ungünstigsten stehenden Handarbeitern viermal so groß als die der am günstigsten stehenden Kopfarbeiter. Das läßt uns die traurigen sozialen Lebensverhältnisse erkennen, unter denen das körperlich schaffende Proletariat zu leiden hat.

Leistungen der Volkstürloge! Bei Tod durch Selbstmord schließen meistens die Zeitungsverversicherungen die Auszahlung der Versicherungssummen ebenso aus wie bei den Wassenuntersüden, so daß die in Form von Abonnementen gebeten geachteten Prämien weggerworfen sind. Anders bei der Volkstürloge, wie folgender Fall beweist. W. K. in D. war seit dem 1. März 1919 bei ihr versichert. Infolge einer krankhaften Störung der Gelbfieberkrankheit erkrankte er sich. Die Familie erhielt von der Volkstürloge die volle Versicherungssumme von 1468 M. ausgezahlt, woraus hervorgeht, daß eine Versicherung in der Volkstürloge auf jeden Fall der in einer anderen Konkurrenz vorzuziehen ist.

Am 28. Juni d. J. erkrankte infolge Herzlähmung beim Baden der 17jährige Arbeiter D. K. in Brandenburg. Der Verunglückte hatte sich erst einige Wochen vorher bei der Volkstürloge mit 48 M. versichern lassen. Obwohl nur eine Monatsprämie von 10 M. bezahlt war, erhielten die Angehörigen die volle Versicherungssumme anstandslos ausgezahlt. Auch die er Fall zeigt wieder, wie wohlthätig die Volkstürloge zu wirken in der Lage ist, wenn die Aufnahme in möglichst frühem Alter bewirkt wird.

Der Gesundheitszustand des Proletariats wird recht deutlich durch eine Sonderbeilage zu den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes erörtert, in der über die Gesundheitsverschlechterung der Berliner Arbeiterbevölkerung Aufschlüsse gegeben werden. Die Zahlen entstammen dem Material der Allgemeinen Ortskrankenkasse aus den Jahren 1915 bis 1918. Danach hat die Häufigkeit der Erkrankungen gewaltig zugenommen. Im Jahre 1915 gab es „nur“ 3 600 000 Krankheitsstage, im Jahre 1918 dagegen fast das Doppelte, nämlich 6 045 000 Krankheitsstage. Ganz besonders hat sich der Gesundheitszustand bei den Arbeiterinnen verschlechtert. Während im Jahre 1915 auf die weiblichen Proletarier die doppelte Zahl an Krankheitsstagen kam wie auf die männlichen, ist die Zahl der Tage 1918 bei ihnen dreimal so groß gewesen. Auch aus dem Verhältnis der Mithiederzahl zu den Krankheitsstagen ergibt sich das selbe traurige Bild proletarischen Elends. Während nämlich 1915 auf je 1000 Mitglieder 9330 Krankheitsstage bei männlichen, 8355 bei weiblichen Mitgliedern kamen, liegt diese Zahl im Jahre 1918 auf 14 828 und 16 366 Krankheitsstage. Angesichts solcher Zahlen des Jammers können wir nicht energisch genug auf eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse drängen.

Quittung

Vom 24. Juli bis 15. August sind bei der Hauptkasse folgende Beträge eingegangen: Mainz 2.64, Adelsheim 1417.11, Albersweiler 836.60, Frankfurt a. d. O. 273.12, Landau i. S. 405.27, Coesfeld 83.40, Bittershausen 460.—, Witten 135.96, Wildbüh 900.—, Marthens 54.—, Coesfeld 42.60, Wethergrube 2.50, Benda 2.50, Elbing 4.—, Köhrerbach 714.36, Eichenau 636.—, Elm a. D. 20.—, Bollwangen 19.—, Tröbitz 9.60, Wertheim 84.50, Korbach 173.40, Oberhausen 21.—, Oranienburg 15.—, Reinfelder, Jul., 10.50, Solnhofen 1000.—, Roth (Distrikt) 930.99, Aufmannshausen 1128.70, Crandorf 92.—, Bamberg 317.20, Nürnberg, Jul., 8.—, Oberode 788.39, Stuttgart 264.20, Worms 43.53, Eichenau 58.30, Kruff 1245.—, Elm 3359.70, Reckebach 363.43, Jphofen 211.91, Eckerhausen 1328.32, Dürkheim 754.15, Eberstadt 13.—, Flenzen 14.—, Bendorf 73.50, Hamm 70.—, Effen, Jul., 12.—, Wriezen 15.—, Gierzhagen 462.23, Hohenburg 159.74, Hoffeld 300.—, Berlin 9.—, Wulsdorf 33.68, Theuma, Eosel 558.40, Regersburg 30.20, Buryen 1400.—, Weidenberg 17.50, Eichen 17.50, Sangerhausen, Jul., 12.—, Albersweiler 98.70, Bismarck 291.69, Gammelsdorf 2400.—, Herzhorn, Bd. 477.52, St. Hartmannsdorf 1020.79, Ilben, Jul., 21.40, Frankfurt a. M. 2000.—, Bellen 63.—, Wesselsdorf 10.—, Flenzen 14.—, Riemburg 150.—, Heide-Hellweg 10.—, Zerfisch 12.—, Eggen 64.—, Eichenbühl 300.—, Kemmer, Sa. 480.—, Karolowitz 1000.—, Leipzig, Jul., 21.40, Wertheim 6.—, Hoff 59.50, Arnberg 45.50, Westow 14.—, Reuders a. S., Jul., 20.—, Karlsruhe, Dis., 24.70, Bumpfen 345.53, Heides 481.20, Heppenheim 177.—, Hirsch, Sa. 1200.—, Langenlinsheim 358.—, Heermühle 498.85, Schmalde 28.30, Esingen 43.62, Elm 1 245.55, Eichenau 351.36, Leipzig 18.—, Korbach 20.—, Wau-

berg 31.—, Eppingen 9.20, Berlin 31.80, Eichenau 300.—, Elm 611.65, Grömma 1000.—, Heideberg 300.—, Jauer 15.—, Jauer, Jul., 22.—, Wülfersdorf 442.40, Jamburg 1288.—, Wülfersdorf 120.—, Kappenberg 1000.—, Regensburg 1.20, Rostock 245.—, Rostock, Bd. 12.—, Reichenbach, Bd. 12.—, Attende, 823.50, Rostock 447.50, Heide 55.—, Brandenburg 45.—, Jauerleben 168.—, Cottbus 365.45, Arnberg 1724.26, Hirsch, Sa. 1000.—, Elm 2000.—, Regensburg 240.—, Berlin, Bd. 2470, Trautenau 12.—, Weidenburg 1.—, Effen 6.—, Bismarck, Jul., 36.—, Jauerleben 15.—, Grömma 300.—, Heideberg 3500.—, Rostock 1680.—, Spremberg 7.50, Heideberg 39.—, Kirchengrün 1500.—, Rostock 159.78, Rostock 635.10, Eberbach, Bd. 1000.—, Rostock 40.—, Bismarck, Heide 400.—, Gammelsdorf 2400.—, Eichen a. S. 25.—, Zerfisch 68.—, Hohenburg, Rost. 16.—, Sangerhausen 70.—, Rostock 25.—, Wülfersdorf 450.—, Schriesheim 600.—, Rostock 1270.—, Heide 15.—, Bismarck 248.—, Eichen 20.—, Sangerhausen 2000.—, Rostock 25.50, Bendorf 40.—, Grömma 31.50, Heideberg 20.—, Wülfersdorf, Rost. 10.—, Legernau 26.—, Schmalde 386.64, Wülfersdorf 1000.—, Wülfersdorf 1000.—, Berlin 1200.—, Oetting 500.—, Bismarck, Heide 51.—, Jauerleben 12.—, Wau.

Eudwig Geiß, Kassier.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Sanleitungen.

Wohnen. Der kann mit die Adresse des Kollegen Hermann Deiters übermitteln? Dorf: Karl Krejtzmer, Jbbendiren, Dorf: war 83a.

Adressenänderungen.

Die Angaben sollen deutlich erfolgen. Sehr oft müssen die Namen direkt erraten. Ist es dann falsch, kommen unerbittliche Nachfragen und das Rätselraten beginnt von neuem.

2. Gau.
Dorf i. Sa. Dorf: Josef Eiermayer, Fleißergasse 14.
4. Gau.
Eichen, Dorf: Joh. Fisch, Heideberg 19.
Kiel, Dorf: Wilh. Drews, Dehnsstr. 23, III.
5. Gau.
Eichen, Dorf: Wilhelm Eichholz, Südstraße 10.
Dorf: u. Dorf: Josef Grunberg, Oberhefen. Dorf u. Dorf: Julius Möbus in Lauber b. Grunberg.
6. Gau.
Kasselerstr. Bezirksvertreter (Pfälzer Zahlstellen):
Wib. Probst, Winterstr. 8.
Speyer (Pfalz). Dorf: Wilh. Schent, Wörschgasse 2.
Worms. Dorf: Georg Sipp, Bauhofgasse 2.

Briefkasten.

Kasselerstr. Brief kostet wieder 40 Pf. Straßporto. Bessere Beachtung des Postkassens und schnellere Berichterstattung, wie wir gewünscht, hat mit Bureaukratismus nichts zu tun. Für die Aufmerksamkeit Dank; habe jedoch den interessantesten Artikel schon vor drei Wochen von anderer Seite erhalten.

Anzeigen

Trotz sorgfältiger Prüfung aller Arbeitsangebote ist nicht zu vermeiden, daß hin und wieder ein unterläuft, wo das Verhalten des betreffenden Arbeitgebers allen anderen notwendig, erhebt, nur keine Vermittlung von Arbeitskräften durch den Mitarbeiter. Daher erwacht die Pflicht für unsere Kollegen, nicht sofort an Ort und Stelle zu fahren, sondern sich erst über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Wohnung- und Ernährungsverhältnisse schriftliche Unterlagen zu verschaffen. Manche Enttäuschung wird damit vermieden, auch mancher Größ gegen den Redaktor.

Wehrs Steinhauerbürsten

Grabmalchriften zum Durchlesen auf Stein; — Alphabete in allen gangbaren Größen liefert
Schriftzeichnerei Sieben (Hessen), Licher-Strasse 37.
Unterricht im Schriftzeichnen nach Auswärts.

Gutgehendes Grabsteingeschäft in der Nähe von Breslau zu verkaufen.

2 Steinmetzen
auf Grabsteine sucht sofort, bei dauernder Beschäftigung
C. Merkel, Gent: in, Bez. Magdeburg.

2 tüchtige Spalter

für dauernde Arbeit gesucht. Wohnungen für Verheiratete am Platz.
Martin Peter, Granthwerk im Varnhalt (Baden).

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene
Volkstürloge
Gewerkchaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Hamburg 5 —
überall eingeführt wird.
Meldet Euch bei derselben
als Mitarbeiter und fordert
weitere Auskunft.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen nur allgem. einen Einblick eingeleitet werden.)

In Dorarchenbach am 30. Juli der Hilfsarbeiter
Karl Henkel, 47 Jahre alt, Unfall; am 14. August der Hilfsarbeiter
Herr. Nischke, 52 Jahre alt, Schlaganfall; am 18. August der
Plastersteinarbeiter Herr. G. Geiß, 75 Jahre alt, Altersschwäche.

In Jbbendiren am 2. August der Sandsteinmetz
Heinrich Bode, 48 Jahre alt, Lungenleiden.

In Dresden-Wirma am 5. August der Arbeiter Emil
Köber, 55 Jahre alt, Lungen- und Nierenleiden.

In Alzen am 12. August der Sandsteinmetz Friedrich
Kloß, 41 Jahre alt, Lungenleiden. Der Kollege war bereits
seit 10 Jahren als invalid erklärt, griff infolge der
wirtschaftlichen Not wieder zum Beruf, dem er jetzt erlag.
Die Zahlstelle hat mit ihm ein tüchtiges und treues Mit-
glied verloren.

In Magdeburg am 12. August der Sandsteinmetz
Fritz Kraut, 45 Jahre alt, Lungen- und Nierenleiden.

In Karlsruhe am 13. August der Schleifer Karl
Engelhardt, 56 Jahre alt, Leberleiden.

In Sieglanger am 14. August der Sandsteinmetz
Heinrich Kehnau, 53 Jahre alt, Lungen- und Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von
Hans Staudinger, beide in Leipzig.
Schrift in der „Freien Presse“ Leipzig.